Die Macht der Einflüsterer

Überall auf der Welt versuchen Lobbyisten, die Politik zu beeinflussen. Nur wenige Länder versuchen jedoch mit Entschlossenheit, die Aktivitäten zu regeln. Ein Blick auf die wichtigsten Schauplätze.

Felix Schindler

Seit dem Fall Markwalder wird in der Schweiz intensiv darüber diskutiert, ob der Zugang von Lobbyisten zum Bundeshaus schärfer kontrolliert werden muss. Eine späte Diskussion. In den USA haben sich bereits im 19. Jahrhundert Lobbyisten als Journalisten ausgegeben, um im Repräsentantenhaus die Politik beeinflussen zu können. Dadurch haben sie eine erste gesetzliche Regelung zum Lobbyismus überhaupt provoziert, wie die deutsche Politologin Eva Krick schreibt. Sie untersuchte 2014 die Gesetze, die in den USA und der EU den Einfluss der Lobbyisten zähmen sollen.

Heute müssen sich in den USA alle Lobbyisten registrieren. Als Lobbyisten gelten Personen, die «beabsichtigen, Kongress, Mitarbeiter von Kongressmitgliedern oder Mitarbeiter der Exekutive zu beeinflussen». Ausserdem müssen sie Einnahmen und Ausgaben offenlegen und zweimal jährlich detailliert Bericht über Klienten und Mitarbeiter erstatten. Laut Studie setzten diese 2011 3,3 Milliarden Dollar ein, um den Interessen ihrer Kunden Geltung zu verschaffen.

Trotz der weitreichenden Regulierungen erschütterte im Jahr 2006 der Bestechungsskandal um Jack Abramoff das Land. Der Starlobbyist wurde 2006 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, weil er gegen 60 Abgeordnete bestochen hatte. Unter dem Eindruck dieses Vorfalls wurden die Gesetze weiter verschärft. Seither werden Verstösse mit bis zu 200 000 Dollar oder mit Gefängnis bestraft.

Zu den weltweit wichtigsten Schauplätzen des Lobbyismus gehört gemäss Eva Kricks Studie auch Brüssel. Niemand weiss genau, wie viele Einflüsterer auf die Institutionen der EU und ihre Gesetze Einfluss nehmen, eine Registrierungspflicht gibt es nicht. Im freiwilligen «Transparenzregister» sind derzeit 7352 Organisationen eingetragen. Laut Schätzungen von Kritikern beeinflussen aber eher 15 000 bis 20 000 bezahlte Interessenvertreter die EU-Politiker. In Lobbyistenkreisen wird die EU-Kommission als «Hotbed» (Brutstätte) des europäischen Entscheidungsprozesses bezeichnet.

«Einfallstor für Korruption»

Die Brüsseler Lobbyisten werden gemäss Studie zunehmend professioneller, immer umtriebiger. Hauptadressat ihrer Einflussversuche sei die EU-Kommission. Rund 25 Prozent ihrer Lobbyingressourcen gibt die Wirtschaft aus, um diese Institution zu beeinflussen. Das zweitwichtigstes Ziel der Einflussversuche ist das Europäische Parlament.

Das Transparenzregister existiert seit 2011. Es ist zwar freiwillig, aber doch immerhin zwingende Voraussetzung für einen Zugangsausweis für das Europäische Parlament. Wer sich in das Register einträgt, ist verpflichtet, gewisse Details über Tätigkeit, Kunden und Budget offenzulegen. Die Informationen sind allerdings oft recht vage gehalten. Verbote für Lobbyisten sind in Brüssel nicht vorgesehen, die härteste Sanktion bei dauerhaften Verstössen: Streichung aus dem Register für maximal zwei Jahre.

Vergangenen Monat veröffentlichte auch die NGO Transparency International eine Studie, in der die Gesetze von 19 EU-Mitgliedsstaaten und 3 Institutionen der Europäischen Union untersucht wurden. Das Fazit: Praktisch alle Staaten seien «unterreguliert und unausgewogen», ein «Einfallstor für Korruption».

Die Studie kommt zum Schluss, dass nur 7 der 19 untersuchten Länder gezielte Massnahmen ergriffen haben, die «einen fairen Zugang von allen Interessen zum politischen Entscheidungsprozess sicherstellen sollen». Das sind Frankreich, Grossbritannien, Irland, Litauen, Österreich, Polen und Slowenien. Am schlechtesten schnitten die Krisenländer der Eurozone ab, namentlich Italien, Portugal und Spanien. «Besorgniserregend» sei auch die Regulierung des Ministerrates der EU («eine der mächtigsten Institutionen Europas»), die in der Bewertung von Transparency International 19 Punkte erreicht. Schlusslichter bilden Zypern und Ungarn mit je 14 Punkten.

In der Schweiz sind zahlreiche Vorstösse, den Lobbyismus zu regulieren, gescheitert. Für einen Zutrittsausweis braucht es zwar die persönliche Bekanntschaft mit einem Parlamentarier, doch im Register müssen die Lobbyisten einzig ihren Namen und ihre Funktion angeben. Gar nicht erfasst werden ehemalige Parlamentarier, die auf die Seite der bezahlten Interessenvertreter wechseln.

Lobbyismus in der EU, Seite 11

Lobbyisten und Parlamentarier in der Wandelhalle des Bundeshauses. Foto: Peter Klaunzer (Keystone)

Die Brüsseler Lobbyisten werden immer professioneller.

Fall Markwalder

Baumann entschuldigt sich

Lobbyistin Marie-Louise Baumann entschuldigt sich bei FDP-Nationalrätin Christa Markwalder für die Turbulenzen rund um die Kasachstan-Affäre. Sie übernehme die volle Verantwortung, schreibt Baumann in einer Stellungnahme. «Ich war der Meinung, dass ich Christa Markwalder im vorliegenden Fall sowohl über den Auftraggeber als auch über dessen Ziel und dessen Mitwirkung an der Interpellation immer transparent und umfassend informiert hatte», hält Baumann fest. «Offenbar scheint dabei zu wenig klar zum Ausdruck gekommen zu sein, dass ich als Lobbyistin über all meine Aktivitäten in engem Kontakt mit dem Kunden stand.» Das tue ihr leid. Sollte ein entsprechendes Missverständnis entstanden sein, entschuldige sie sich. Über die jüngsten Entwicklungen sei sie erschüttert, schreibt Baumann weiter. Allseitig sei ein enormer Schaden entstanden. Der vom Lobbyisten-Verband angekündigten Untersuchung werde sie sich stellen.

Markwalder selber äusserte sich im «Blick». Ihr Vertrauen in Baumann sei «aufs Übelste missbraucht» worden. Markwalder wirft ihr Fehlverhalten vor und prüft rechtliche Schritte. «Eine solche Lobbyistin hat in der Wandelhalle nichts mehr zu suchen», sagte Markwalder. Weil Kasachstan zur Schweizer Stimmrechtsgruppe in den Bretton-Woods-Institutionen zähle, lägen ihr gute Beziehungen zu dem Land am Herzen. Sie sei unvorsichtig gewesen, als sie schriftliche Antworten des Bundesrats weitergeleitet habe. «Dafür entschuldige ich mich und werde mich dem Büro erklären.» Baumann gab die Antworten ihrem Kunden nach Kasachstan weiter. *(sda)*

Nationalratspräsidium

Wie integer muss die höchste Schweizerin sein?

Im November soll Christa Markwalder Präsidentin des Nationalrats werden. Die SVP äussert Vorbehalte.

Raphaela Birrer

Die Wahl zur Nationalratspräsidentin Ende November hätte die Krönung ihrer politischen Karriere werden sollen. Darauf hatte Christa Markwalder fleissig und beharrlich hingearbeitet. Doch ein halbes Jahr vor diesem Höhepunkt fällt die FDP-Politikerin tief: Sie steht im Zentrum einer Lobbyingaffäre um das autokratisch regierte Kasachstan. Für die Bernerin ist das nichts weniger als eine «mediale Rufmordkampagne» – für ihre Partei mitten im Wahljahr eine peinliche Geschichte. Die FDP sah sich am Montag veranlasst, ihren Parlamentariern öffentlichkeitswirksam Handlungsanweisungen für den Umgang mit Lobbyisten zu geben.

Ist Markwalder als höchste Schweizerin noch wählbar? Ihre Nationalratskollegen halten sich mit Urteilen zurück. SP-Fraktionschef Andy Tschümperlin etwa sagt: «Bis zu dieser Wahl fliesst noch viel Wasser die Aare hinunter.»

«Markwalder auswechseln»

Der Schwyzer bedauert, dass eine «Hetzkampagne gegen eine einzelne Person» geführt werde. «Dabei müsste jetzt doch vielmehr über das dahinterstehende Problem, die Käuflichkeit der Politik, diskutiert werden. Der Fall zeigt exemplarisch, wie verbandelt die FDP mit Lobbyorganisationen und Wirtschaftsverbänden ist.» Auch für Staatsrechtsprofessor Markus Schefer von der Universität Basel verläuft die personenbezogene Diskussion in die falsche Richtung: «Dem Fall Markwalder liegt das Problem zugrunde, dass der Zugang zu Politikern finanziell höchst lukrativ ist. Das sollte uns zu denken geben.»

Tschümperlins Meinung teilen auch andere Nationalräte – hinter vorgehaltener Hand. Sie betonen, die Wählbarkeit Markwalders zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilen zu können. Zuerst müssten die Fakten geklärt werden. Die Zurückhaltung hat gute Gründe: Praktisch alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind mehr oder weniger intensiv in Kontakt mit Lobbyisten.

Vertreter der SVP finden dagegen deutliche Worte: Nachdem Fraktionschef Adrian Amstutz die Grenzen bereits abgesteckt hat («Bestätigt sich die Verletzung des Kommissionsgeheimnisses, kommt Markwalder für das Präsidium nicht mehr infrage»), doppelt Toni Bortoluzzi nun nach: «Wenn sich die Geschichte bestätigt, dann muss der Freisinn Christa Markwalder auswechseln. Die Partei hat ausreichend geeignete Kandidaten für das Nationalratspräsidium.» Ob Bauer oder Juristin: Wer dieses Amt innehabe, müsse eine integre Persönlichkeit sein, die «vorbehaltloses Ansehen» im Parlament und in der Öffentlichkeit geniesse. «Das ist bei Markwalder nicht mehr der Fall – ihr Ruf ist ramponiert», findet Bortoluzzi.

Ein seltener Vorgang

Staatsrechtsprofessor Markus Schefer indessen relativiert diesen Anspruch: «Nationalratspräsidenten müssen keine herausragenden und über alle Zweifel erhabenen Persönlichkeiten sein. Es sind vielmehr Parlamentarier, die eine breite, parteiübergreifende Akzeptanz und Glaubwürdigkeit geniessen. Das war bei Markwalder bisher der Fall.» Und auch Tschümperlin sagt: «Die Nationalratspräsidentin muss vor allem über Parteigrenzen hinweg integrierend wirken. Diese Eigenschaft stelle ich bei ihr nicht infrage.»

Würde Christa Markwalder Ende November nicht zur Nationalratspräsidentin gewählt, wäre dies ein seltener Vorgang: Seit 1912 kam es nur viermal vor (1924, 1926, 1932 und 1970), dass der Vizepräsident im Folgejahr nicht ins Präsidium aufrückte. Nach Angaben der Parlamentsdienste verzichteten die Anwärter in der Regel aus gesundheitlichen Gründen auf das prestigeträchtige Amt. Ein anderer Fall war 1932 Ernest Perrier: Der Nationalratsvizepräsident konnte für Bürgschaften, die er gewährt hatte, nicht einstehen. Darum zog er sich aus dem öffentlichen Leben zurück und wurde Priester.

Anzeige

KAPITALMARKT

BEKB | BCBE

Dividendenzahlung

Die Generalversammlung der Aktionärinnen und Aktionäre der BEKB vom 12. Mai 2015 hat die Dividende für das Geschäftsjahr 2014 auf den Namenaktien von CHF 20.– Nennwert wie folgt festgesetzt:

Dividende brutto pro Namenaktie	CHF	5.80
./. 35% Verrechnungssteuer	CHF	2.03
Dividende netto	**CHF**	**3.77**

Ab dem 15. Mai 2015 werden die Aktien ohne Dividende (Ex-Tag) gehandelt. Die Dividende wird den Aktionärinnen und Aktionären am 19. Mai 2015 über ihre Bankverbindung vergütet.

Bern, im Mai 2015
Berner Kantonalbank AG

FAHRZEUGMARKT

Ankauf

Autoankauf zu Höchstpreisen, alle Marken, auch Toyota u. Unfallauto. Barzahlung. Tägl. 7-21h. 079 584 55 55 auto.ade@gmail.com

Schweizer sucht ungeprüfte Autos 079 432 00 32

Yacht

adbox.ch bringt Ihre Kleininserate einfach und schnell in die Presse.

adbox.ch
einfach inserieren